

# NEIN ZUR GEFÄHRLICHEN «DURCHSETZUNGSINITIATIVE»

## BLEIBERECHT VON ZWEI MILLIONEN MENSCHEN BEDROHT

Die «Durchsetzungsinitiative» bedroht unmittelbar das Bleiberecht von über zwei Millionen Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten, aber keinen Schweizer Pass besitzen. Selbst bei einem geringfügigen Delikt müssten sie zwingend ohne jede Prüfung der Umstände automatisch ausgeschafft werden. Auch Secodos und Secundas wären betroffen. Das im Parlament beschlossene Umsetzungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative kennt für solche Fälle immerhin eine Härtefallklausel. Genau diese will die «Durchsetzungsinitiative» nicht.

## PERFIDER ETIKETTENSCHWINDEL

Die Bezeichnung «Durchsetzungsinitiative» macht vor, dass etwas längst Beschlossenem zum Durchbruch verholfen werden soll. Das ist ein Etikettenschwindel. Die «Durchsetzungsinitiative» geht mit ihrem Deliktekatalog weit über das hinaus, was seinerzeit eine knappe Mehrheit mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen hatte. Die Initiative setzt die Ausschaffungsinitiative nicht durch, sondern verschärft sie massgeblich.

## GEFÄHRLICHE AUSHEBELUNG DES RECHTSSTAATES

Die «Durchsetzungsinitiative» verletzt die in unserer Verfassung verankerten Grundrechte, die Menschenrechtskonvention und das Personenfreizügigkeitsabkommen. Der Initiativtext setzt sich an die Stelle des Gesetzgebers und der Gerichte. Sie nimmt ihnen jeglichen Beurteilungs- und Ermessensspielraum. Dadurch wird das Prinzip der Gewaltenteilung gleich doppelt verletzt. Die Annahme der Initiative wäre ein schwerer Systembruch mit unabsehbaren Folgen für die Rechtsordnung, die Rechtssicherheit und für unser politisches System.

## ZERSTÖRUNG GEREGLER BEZIEHUNGEN ZUR EU

Laut Bundesrat müssten bei Annahme der Initiative pro Jahr deutlich über 10 000 Personen automatisch des Landes verwiesen werden – ohne jede Prüfung des Härtefalls. Damit würde die Schweiz jedes Jahr Tausendfach das Personenfreizügigkeitsabkommen verletzen. Zudem würde ein weiterer Artikel in der Bundesverfassung verankert, der zur Zerstörung geregelter Beziehungen zur EU führen würde.



«Nebst brutaler Folgen für Menschen, mit denen wir seit Jahren zusammenleben, könnte diese Initiative ein weiterer Sargnagel der Beziehungen zur EU werden. Wir brauchen ein klares Signal gegen den Abschottungswahn der SVP, der sonst das Land an die Wand fährt.»

Tim Guldimann, Nationalrat, ehemaliger Schweizer Botschafter in Deutschland, Berlin



«Die unmenschliche und gefährliche Durchsetzungsinitiative verschärft die Ausschaffungsinitiative nochmals massiv. Unser Rechtsstaat würde ausgehöhlt und das Bleiberecht von Tausenden von Menschen in der Schweiz unmittelbar bedroht.»

Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz, Grossrat Basel-Stadt



«Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative umgesetzt; die SVP hat das Referendum dagegen nicht ergriffen. Ihre Extremposition jetzt mit einer Initiative durchsetzen zu wollen, ist ein Missbrauch unseres demokratischen Systems und eine unschweizerische Zwängerei.»

Nadine Masshardt, Nationalrätin, Historikerin, Bern

## MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN KÖNNEN VIEL EINFLUSS NEHMEN

In den letzten Jahren hat die Schweiz über eine Million Menschen eingebürgert. Rund 880 000 über 15-jährige Schweizer und Schweizerinnen haben eine weitere Staatsbürgerschaft. Nehmen wir Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich an Abstimmungen teil, so können wir Mehrheiten schaffen. Ein Nein zur unmenschlichen «Durchsetzungsinitiative» ist möglich – aber nur, wenn wir unsere Stimme abgeben.

## WIR SAGEN NEIN ZUR «DURCHSETZUNGSINITIATIVE»

Parteien und Organisationen aus der deutschen, französischen, italienischen, albanischen, alevitischen, arabischen, kurdischen, portugiesischen, slowenisch-kroatisch-serbisch-bosnischen, spanischen, tamilischen und türkischen Gemeinschaft in der Schweiz haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die unmenschlichen und gefährliche «Durchsetzungsinitiative» zu kämpfen. Dieser Flyer ist in elf Sprachen verfügbar. Bestellungen bitte an die SP MigrantInnen Schweiz

## WIR BRAUCHEN IHRE UNTERSTÜTZUNG

Die SP MigrantInnen kämpfen für die Gleichstellung aller Migranten und Migrantinnen im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich. Wir fordern die gleichberechtigte politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen, bekämpfen deren Diskriminierung und arbeiten eng mit Parteien und Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund zusammen. Treten Sie den SP MigrantInnen bei und unterstützen Sie diese Kampagne mit einer Spende. Kontakt: [www.spschweiz.ch/migranten](http://www.spschweiz.ch/migranten)

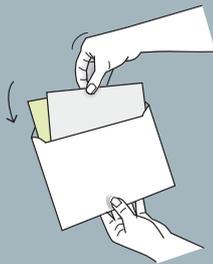
## WIE STIMME ICH AB?



Zustellkuvert öffnen



Abstimmungszettel ausfüllen



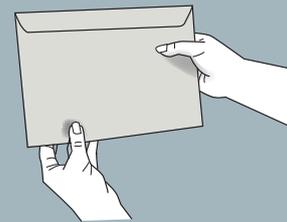
Abstimmungszettel in das kleine anonyme Stimmküvert legen und zukleben



Stimmrechtsausweis unterschreiben



Stimmkuvert und Stimmrechtsausweis in das Zustellkuvert legen



Zustellkuvert bis am 20. Februar per Post an die Wohn-gemeinde zurückschicken oder bis am 24. Februar in den Briefkasten der Wohn-gemeinde werfen

Kontakt: SP MigrantInnen, Postfach 7876, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69, [info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch), [www.spschweiz.ch/migranten](http://www.spschweiz.ch/migranten)  
Spenden bitte an: SP Schweiz, 3001 Bern, PC 30-28039-3, IBAN CH45 0900 0000 3002 8039 3, Vermerk «SP MigrantInnen Kampagne Durchsetzungsinitiative»

